

Beschlussübersicht / Ergebnisse der Antragsberatung, Bezirksparteitag am 9. Januar 2016 in Braunschweig

Nr.	Thema/ Titel	Antragsteller	Empfehlungen der Antragskommission
Satzung	Neue Satzung	Bezirksvorstand	Einstimmig Annahme, dazu zwei weitere Beschlüsse: - Zu §16,1 Größe des Bezirksvorstandes: Der Bezirksparteitag beschließt, dass die Größe des Bezirksvorstands 21 Mitglieder umfasst. Somit sind dann beim Wahlgang der BeisitzerInnen noch 15 Personen zu wählen - Beschluss über den nächsten ordentlichen Bezirksparteitag: Die neue Satzung des SPD-Bezirks Braunschweig erlaubt eine flexible Termin-Festlegung des nächsten ordentlichen Bezirksparteitags. Aus diesem Grund möge der Bezirksparteitag beschließen, dass der nächste ordentliche Bezirksparteitag des SPD-Bezirks Braunschweig im Zeitraum April/Mai 2017 stattfinden wird. Dadurch ist gewährleistet, dass die Unterbezirke (bis auf Salzgitter) in ihren zweijährigen Wahlrhythmen bleiben können.
Kommunalpolitik	Kommunalpolitische Leitlinien	Bezirksvorstand	Einstimmige Annahme
Antrag 1	Gute Bildung von Anfang an – Integration von Anfang an	Bezirksvorstand	Einstimmige Annahme mit folgenden Ergänzungen in 3) ... sowie eine bessere Bezahlung ... 5) Das es Ziel der SPD bleibt, Bildung kostenfrei zu finanzieren. Weiterleitung an Bundes- und Landtagsfraktion, Landesparteitag
Antrag 2	<i>„Bildung heißt Teilhabe“ - Die 10 Thesen zum Thema Bildung</i>	<i>Jusos</i>	<i>Weiterleitung als Material an den Bezirksvorstand zur Organisation eines Kleinen Parteitages „Bildung“ vor der Kommunalwahl 2016</i>
Antrag 3	Wohnheimlotterie 9 aus 100? Für ausreichenden Wohnraum für Studierende, überall!	Jusos	Einstimmige Annahme in folgender Fassung und Weiterleitung an Bundes- und Landtagsfraktion Um die Situation für Studierende auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern, fordern wir folgende Maßnahmen: <ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der zweckgebundenen Finanzmittel für Neubau und Sanierung von Studierendenwohnplätzen. Um das unzureichende Angebot an Wohnheimplätzen ausbauen zu können, führt kein Weg an einer besseren finanziellen Ausstattung der Studierendenwerke vorbei. Hierbei ist insbesondere der Bund in der Pflicht, den Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu verwirklichen. Bei Neubauten und Renovierungen muss besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung gelegt werden.

			<ul style="list-style-type: none"> • Beteiligung der Studierendenwerke an Stadtplanungsprozessen vor Ort <p>Stadtentwicklung muss politisch gestaltet werden. Neben der Beteiligung kommunaler Wohnungsbau-träger ist die Einbindung der örtlichen Studierendenwerke an Hochschulstandorten bei Fragen der Stadtplanung und Quartiersentwicklung unerlässlich.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der Kooperationsmöglichkeiten zwischen Studierendenwerken und kommunaler und privater Wohnungswirtschaft <p>Neuer Wohnraum entsteht nicht über Nacht. Zur Abdeckung von Bedarfsspitzen können Kooperationen, die es Studierendenwerken ermöglichen, auf Wohnungen Dritter zurückgreifen zu können, ein sinnvolles Mittel sein. Diese Modelle brauchen jedoch einen klaren Rahmen, der u.a. verhindert, dass leerstehender Wohnraum subventioniert wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stärkere Berücksichtigung räumlicher, zeitlicher und finanzieller Bedürftigkeit bei der Verteilung von Wohnheimsplätzen <p>Die reine Abarbeitung einer Warteliste führt zu sozialen Härten. Die Bevorzugung von StudentInnen, die sich früh bewerben ist gerade deshalb paradox, weil eben Bewerber mehr Zeit und damit bessere Chancen auf dem Wohnungsmarkt haben um etwas angemessenes zu finden, wohingegen StudentInnen die erst kurz vor Semesterbeginn ihre Zusage von der Hochschule bekommen diese Freiheit nicht mehr haben. Insbesondere Studierende, deren Heimatort weit entfernt ist, haben keine Möglichkeit, eine eventuelle Wartezeit mit Pendeln zu überbrücken. Dies gilt natürlich ganz besonders für Studierende aus dem Ausland. Hier sind feste Kontingente, die für ausländische Studierende vorgehalten werden, zwingend erforderlich. Besondere Härten müssen deshalb bei der Verteilung der leider noch viel zu knappen Wohnheimsplätze Berücksichtigung finden.</p>
Antrag 4	Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation	OV Goslar (UB Goslar)	Einstimmige Annahme und Weiterleitung an Bundestagsfraktion
Antrag 5	Attraktivität des Polizeiberufes in Niedersachsen	OV Vöhrum/Eixe/Röhrse (UB Peine)	Einstimmige Annahme und Weiterleitung an Landtagsfraktion
Antrag 6	<i>Regulierung statt Repression - Für eine emanzipatorische Cannabispolitik</i>	<i>Jusos</i>	<i>Weiterleitung als Material an die AG des Landesparteirat zur Erarbeitung eines entsprechenden Antrags zum Landesparteitag am 9. April 2016</i> <i>Mit Mehrheit bei 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen</i>